

José Manuel Barroso
Präsident der Europäischen Kommission

Brüssel, 20/06/2013

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn wir am 27./28. Juni in Brüssel zusammenkommen, wartet eine umfangreiche Tagesordnung auf uns. Von uns werden klare und konkrete Beschlüsse erwartet, um das Wirtschaftswachstum wiederzubeleben und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Einfache Lösungen kann es für die schwierigen Probleme, denen wir uns gegenübersehen, nicht geben. Aber ich bin zuversichtlich, dass wir gemeinsam eine Wende herbeiführen können, wenn wir konstruktiv zusammenarbeiten und die Größenvorteile der EU nutzen.

Europa unternimmt viel, um die Krise zu überwinden. Die Kommission hat diese Anstrengungen in der detaillierten Analyse, die unseren länderspezifischen Empfehlungen beigelegt ist, ausführlich dokumentiert. Dennoch bleibt unsere Wirtschaftsleistung äußerst unbefriedigend. Vor allen Dingen brauchen wir eine Rückkehr des Vertrauens – damit die Unternehmen wieder investieren und Personal einstellen und die Banken und alternative Investoren für nachhaltige Projekte in der Realwirtschaft in angemessenem Umfang Darlehen zu normalen Konditionen bereitstellen.

Wir können unsere Zusammenkunft Ende nächster Woche nutzen, um einen neuen, EU-weiten Konsens zu finden, wie wir unsere Wirtschaft wieder in Schwung bringen können. Die Bestandteile eines solchen Konsenses liegen auf dem Tisch. Jetzt müssen wir Entscheidungen treffen und diese beschleunigt umsetzen.

Uns steht ein Wachstumsfonds für Europa zur Verfügung - der mehrjährige Finanzrahmen (MFR) mit einem Volumen von fast einer Billion Euro. Der Rat und das Europäische Parlament müssen jetzt die Verhandlungen abschließen, damit die Mitgliedstaaten ihrerseits ihre Programmplanung bis Ende 2013 vornehmen können. Wir können ein klares Bekenntnis zu Wachstum abgeben, indem wir unsere Finanzplanung auf wachstums- und beschäftigungsfördernde Investitionen konzentrieren und bereit sind, den EU-Haushalt 2014 wirkungsvoll einzusetzen.

Wir stimmen alle überein, dass die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit besonders dringlich ist. Auch wenn die meisten Mittel dazu in den Händen der Mitgliedstaaten sind, kann unser Handeln auf EU-Ebene den Unterschied ausmachen. Die Kommission hat eine Reihe praktischer und realistischer Maßnahmen vorgeschlagen, die sofort Wirkung entfalten können. Einige Maßnahmen – insbesondere jene, die einen Zusammenhang zum MFR aufweisen – bedürfen jedoch noch einer Einigung auf EU-Ebene. Das gilt beispielsweise für die Jugendgarantie, die jetzt unbedingt beschleunigt verabschiedet und unverzüglich umgesetzt werden sollte. Die Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament müssen dringend die Rechtsgrundlage für die Beschäftigungsinitiative für Jugendliche verabschieden, die von der Kommission im März vorgeschlagen wurde und insbesondere für die Finanzierung der Beschäftigungsgarantie-Regelungen erforderlich ist. Die für diese

An die Mitglieder des Europäischen Rates

Beschäftigungsinitiative vorgesehenen 6 Mrd. EUR sollten frühzeitig gebunden werden, damit die Mittel bereits 2014/2015 eingesetzt werden können, anstatt sie über den gesamten Siebenjahres-Zeitraum des MFR zu strecken. Zudem müssen die Mitgliedstaaten ihre Programme zur Förderung der Beschäftigung von Jugendlichen im Herbst vorlegen, bevor die Gesamtplanung der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) zum Abschluss kommt. Parallel dazu wird die Kommission zur Unterstützung der Mitgliedstaaten einige EU-Instrumente voranbringen, wie die EU-Ausbildungsallianz, die Koalition für digitale Arbeitsplätze, EURES und die Initiative „Dein erster EURES-Arbeitsplatz“. Alle diese Maßnahmen müssen in enger Partnerschaft mit den Sozialpartnern und den einschlägigen Interessenträgern ergriffen werden. In der beigefügten Mitteilung werden diese konkreten Vorstellungen ausführlicher erläutert.

Ich begrüße auch die bilateralen und multilateralen Initiativen, die die Mitgliedstaaten untereinander ergriffen haben. Auf vielen Gebieten sind die wesentlichen Zuständigkeiten, fachlichen Kompetenzen und Ressourcen auf der nationalen Ebene angesiedelt, beispielsweise bei den Arbeitsämtern. Natürlich erwarte ich, dass diese Initiativen abgestimmt werden und zu unserem gemeinsamen Rahmen und unseren gemeinsamen Aktionen passen.

Eines der größten momentanen Hindernisse für die wirtschaftliche Erholung ist der Mangel an normalen Darlehen für die Realwirtschaft, wie die Kommission in ihrem Jahreswachstumsbericht hervorgehoben hat. Insbesondere KMU brauchen einen besseren Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten – und zwar unverzüglich. Deshalb füge ich einen gemeinsamen Bericht der Kommission und der EIB über die geplante Verwendung der vor kurzem vereinbarten Kapitalerhöhung der EIB bei. Dort werden auch einige Optionen vorgestellt, wie KMU mittels eines ambitionierten Programms in naher Zukunft beim Zugang zu Finanzmitteln unterstützt werden können. Diese Unterlagen belegen, dass wir wirklich etwas bewirken können, wenn wir zusammenarbeiten und die Größenvorteile der EU nutzen. Unsere Vorschläge bauen auf bestehenden Regelungen auf, damit sie rasch greifen und der Wirtschaftstätigkeit der KMU den dringend benötigten Schub verleihen. Ich freue mich darauf, die verschiedenen Optionen auf unserer Zusammenkunft mit Ihnen zu besprechen, und appelliere an Sie, das Thema ambitioniert anzugehen. In der kommenden Woche wird die Kommission einen Gesetzgebungsvorschlag zu einem Fonds für langfristige Investitionen vorlegen, mit dem der Realwirtschaft eine alternative Darlehensquelle eröffnet werden soll.

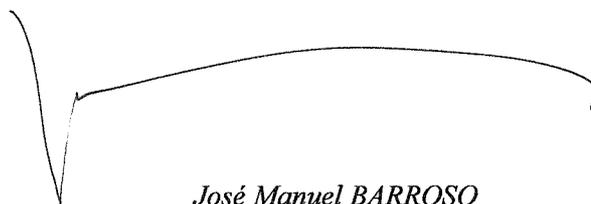
In ihren im Mai vorgelegten länderspezifischen Empfehlungen weist die Kommission auf Bereiche hin, in denen mehr getan werden könnte. Diese länderspezifischen Empfehlungen sollten befolgt werden, damit Strukturreformen Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum hervorbringen. Insgesamt können wir in diesem Jahr auf eine besonders enge Zusammenarbeit zurückblicken, und es wird weitgehend anerkannt, dass die Kommission die richtigen Felder für Maßnahmen der Mitgliedstaaten identifiziert hat. Ich hoffe, dass wir auf unserer Zusammenkunft die Zeit für inhaltliche Erörterungen haben, ohne auf einzelne Empfehlungen eingehen zu müssen.

Auch mit der beschleunigten Umsetzung des Wachstums- und Beschäftigungspakts können die Mitgliedstaaten ihre Lage verbessern. Ich füge einen Bericht bei, in dem festgehalten ist, was bereits unternommen wurde und wo noch Handlungsbedarf besteht. Wichtig ist es, die Binnenmarktakte I abzuschließen und bei den Maßnahmen der Binnenmarktakte II noch vor den Europawahlen gut voranzukommen. Die Kommission wird die wenigen noch

ausstehenden Vorschläge in den kommenden Wochen vorlegen. Diese Maßnahmen sollen den Unternehmen die Erschließung neuer Tätigkeitsfelder erleichtern und damit auch zur Verringerung der Arbeitslosigkeit beitragen. Wir können es uns nicht leisten, auf Gelegenheiten zur Beschreitung neuer Wege bei der Stimulierung des Wachstums zu verzichten.

Dazu gehören auch unternehmensfreundliche Rahmenbedingungen. Eine Regulierung auf EU-Ebene anstelle von 27 unterschiedlichen nationalen Regelungen hat sich als wirkungsvolles Mittel erwiesen, neue Entfaltungsmöglichkeiten zu schaffen. Wie ich bei vielen Anlässen erklärt habe, legt die Kommission großen Wert auf intelligente Regulierung. Auf unserer Zusammenkunft im März haben wir über die zehn größten Ärgernisse gesprochen, die KMU im Zusammenhang mit EU-Regulierung anführen. Anbei finden Sie eine Mitteilung, in der beschrieben wird, welche Maßnahmen in Reaktion auf jedes einzelne dieser Vorbringen ergriffen wurden. Diese Arbeiten sind Teil unserer fortlaufenden Bemühungen um eine Bedarfsanpassung des gemeinschaftsrechtlichen Besitzstands (das „REFIT“-Programm), zu dem ich auf unserer Zusammenkunft im Oktober berichten werde.

Ich freue mich auf unsere Gespräche in der kommenden Woche.



José Manuel BARROSO

Anlagen:

Gemeinsam für die Jugend Europas - Ein Appell zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit

Gemeinsamer Bericht der Kommission und der EIB an den Europäischen Rat – Die Kreditvergabe an die Wirtschaft steigern: Umsetzung der EIB-Kapitalaufstockung und gemeinsamer Initiativen der Kommission und der EIB

Der Pakt für Wachstum und Beschäftigung: ein Jahr danach – Bericht an den Europäischen Rat, 27./28. Juni 2013

Folgemaßnahmen der Kommission zu den 10 wichtigsten Konsultationen der KMU zur EU-Regulierung